



Stellungnahme des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zum DEval Evaluierungsbericht: **„Zur Zukunft integrierter politikbasierter Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit: Lehren aus dem Ausstieg aus der allgemeinen Budgethilfe in Malawi, Ruanda, Uganda und Sambia“**

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) begrüßt den vom Deutschen Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) vorgelegten Bericht „Zur Zukunft integrierter politikbasierter Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit: Lehren aus dem Ausstieg aus der allgemeinen Budgethilfe in Malawi, Ruanda, Uganda und Sambia“.

Relevanz der Ergebnisse

Die Evaluierung vertieft wertvolle Erkenntnisse der im Jahr 2017 ebenfalls von DEval erstellten Synthesestudie „Was wir über die Wirksamkeit von Budgethilfe wissen“; bei dieser handelte es sich um die erste systematische Auswertung der Wirkungen des Instruments der Budgetfinanzierung.

Basierend auf 95 Evaluierungen und Studien kam diese erste Studie zu einer überwiegend positiven Einschätzung der Wirksamkeit von Maßnahmen der Budgetfinanzierung. Dazu zählen u.a. die Verbesserung des öffentlichen Finanzwesens, die Stärkung der Rechenschaftspflicht öffentlicher Institutionen, die Erhöhung öffentlicher Ausgaben für soziale Grunddienste (v.a. Bildung und Gesundheit) sowie ein verbesserter Zugang der Bevölkerung zu diesen sozialen Dienstleistungen. Maßgeblich hat der Einsatz von Budgetfinanzierungsinstrumenten zudem zur Reduzierung der Geberfragmentierung und Harmonisierung von Ressourcen beigetragen. Einige andere vermutete Effekte, wie z.B. Veränderung des Korruptionsniveaus oder Reduzierung der Einkommensarmut konnten mangels ausreichender Evidenz nicht belegt werden.

Die nun vorgelegte Evaluierung untersuchte, ob positive Effekte der Budgetfinanzierung erhalten bleiben, wenn Geber diese Form der Zusammenarbeit beenden. Als Fallstudien dienten Malawi, Uganda, Ruanda und Sambia; der Ausstieg erfolgte in den Jahren 2012 bis 2014 jeweils als Reaktion auf Verletzungen der vereinbarten Grundprinzipien der Zusammenarbeit und verursachte in allen vier Ländern schmerzhaftes Einschnitte im Staatshaushalt. Ausgaben für armutsrelevante Sektoren sanken. Kurzzeitig, und bis Gegenmaßnahmen der Regierungen griffen, ließ sich auch ein Rückgang der zuvor überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten beobachten.

Die Ergebnisse zeigen, dass der Ausstieg aus der Budgetfinanzierung einen Großteil der zuvor bewirkten positiven Effekte zunichtemacht. Dies betrifft im Partnerland v.a. die Bereiche öffentliches Finanzwesen, innerstaatliche Rechenschaftspflicht und Transparenz. Die Beziehungen zwischen Gebern und Partnerregierungen sowie der Geber untereinander wurden ebenfalls negativ beeinträchtigt, was sich wiederum negativ auf Qualität und Wirksamkeit der EZ in den betreffenden Ländern auswirkt. Die Fragmentierung der EZ-Portfolios stieg wieder deutlich an, Geberkoordinierung und -harmonisierung haben sich deutlich verschlechtert. Der gemeinsame, intensive politische Dialog – neben Finanzierung und begleitenden Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau auf Partnerseite ein Kernstück der Budgetfinanzierung – kam mit dem Ausstieg aus der gemeinschaftlichen Budgetfinanzierung ebenfalls nahezu vollständig zum Erliegen. Dies erschwert es den Gebern, auf systemische und übergeordnete Regierungsfragen und Reformprozesse koordiniert

einzuwirken und die Eigenverantwortung der Partnerregierung zu fördern. Der Gebereinfluss auf die strategische Gestaltung von Politik- und Reformagenden der Partnerregierungen sank.

Schlussfolgerungen

Zentrale Schlussfolgerungen des BMZ aus diesen Evaluierungen sind:

- Um die international vereinbarten und anerkannten Wirksamkeits-Prinzipien der EZ (Ownership, Eigenverantwortung und Partnerorientierung; Ergebnisorientierung; inklusive Partnerschaften; Transparenz und gegenseitige Rechenschaftslegung) umzusetzen, sollten bi- und multilaterale Geber wieder verstärkt gemeinsame politikbasierte Ansätze und Instrumente nutzen. Die starke Fragmentierung und eine Fokussierung auf die Förderung einzelner Projekte schwächen sowohl den Einfluss der Geber auf die strategische Politikgestaltung als auch das Potenzial und die Wirksamkeit der EZ insgesamt
- Um Reformprozesse der Partnerländer wirksam und transparent zu unterstützen, sind die Bereitstellung von Finanzierung wie auch die Unterstützung und Förderung verantwortungsvoller Regierungsführung zwei wichtige Seiten der gleichen Medaille. Integrierte, politikbasierte Ansätze können daher nie allein „Budgetfinanzierung“ sein. Es geht um ein mit der Partnerregierung und anderen Gebern abgestimmtes politisches Gesamtpaket, das neben Finanzierungsbeiträgen gleichermaßen einen hochrangigen Politikdialog, gegenseitige Rechenschaftspflicht über die Umsetzung gemeinsamer Vereinbarungen sowie begleitende Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau auf Partnerseite umfasst.
- Grundlage für die Ausgestaltung der politikbasierten Maßnahmenpakete müssen der länderspezifische Kontext und die Reformagenda der Partnerregierung sein. Eine konsequente Orientierung an den #Reformdynamiken der Partnerländer stärkt nicht nur deren Eigenverantwortung, sondern erhöht auch die Glaubwürdigkeit der Gebergemeinschaft und die Wahrscheinlichkeit, dass EZ in effizienter Weise nachhaltige strukturelle Veränderungen unterstützt.
- Es sind gemeinsame Anstrengungen notwendig, um verlorene Dialog- und Koordinierungsstrukturen, aber auch Vertrauen wieder aufzubauen bzw. zu stärken. Der Marshallplan mit Afrika und die Förderung von Reformpartnerschaften bieten eine gute Plattform, um Eigeninitiative und Eigenleistungsfähigkeit (Ownership) unserer Partner bei der Umsetzung von Reformprogrammen nachhaltig zu unterstützen und die Erkenntnisse aus den vorgenannten Evaluierungen umzusetzen. Gemeinsam mit europäischen und multilateralen Partnern sollten die politischen und praktischen Erfahrungen und die Evidenz zur Budgetfinanzierung diskutiert und eine kluge Weiterentwicklung gemeinsamer, politikbasierter Ansätze vorangebracht werden.